

***Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen******Zukunft der Betreuungsvereine und ehrenamtlichen Betreuungen***

Seit Jahren steigt die Anzahl der Menschen an, die eine rechtliche Betreuung benötigen. In Bremen gibt es neben den selbstständigen Berufsbetreuern und -betreuerinnen eine Vielzahl ehrenamtlicher Betreuungen, die von den Betreuungsvereinen unterstützt werden. Die Betreuungsvereine bilden in vielfältiger Trägerschaft das Fundament für die rechtliche Betreuung in Bremen. Sie benötigen verlässliche Planungsgrundlagen und eine klare Aufgabenstellung. Der Bundesgesetzgeber arbeitet an einer Novelle des bestehenden Betreuungsrechts auf der Grundlage eines Gesetzesentwurfs des Bundesrats (Drs. 865/03 – Beschluss vom 19. Februar 2003).

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die aktuelle Lage der Betreuungsvereine im Lande Bremen
  - a) in finanzieller Hinsicht,
  - b) im Hinblick auf die Qualität der geleisteten Betreuungen und
  - c) im Hinblick auf die Gewinnung ehrenamtlicher Betreuer und deren Unterstützung?
2. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um
  - a) die Arbeit der Betreuungsvereine abzusichern und
  - b) Bremer Behörden und Leistungsanbieter zu einem unterstützenden Verhalten insbesondere gegenüber ehrenamtlichen Betreuern zu motivieren?
3. Wie bewertet der Senat die Auswirkungen der Ergebnisse der Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Betreuungsrecht“ auf die Betreuungssituation im Lande Bremen?
  - a) Festsetzen von Pauschalen für Betreuungen von Heimbewohnern oder in der eigenen Wohnung lebend in Abhängigkeit von der Dauer des Betreuungsverhältnisses?
  - b) Welche rechtlichen Probleme wirft die Pauschalierung für die Gruppe der so genannten Selbstzahler auf?
  - c) In Bezug auf die Übernahme zusätzlicher Aufgaben wie Vorsorgevollmachten, automatische Vertretungsbefugnis im krankheitsbedingten Verhinderungsfall durch Ehegatten, Kinder und Eltern, Hilfestellung für Verfahrenspfleger und Tätigkeiten als Aufsichtsorgane. Wer soll im Lande Bremen diese Aufgaben übernehmen? Wie soll das finanziert werden?
4. Welche Positionen hat der Senat in der Bund/Länder-Arbeitsgruppe im Interesse des Bundeslandes Bremen vertreten bezüglich der
  - a) Höhe der Pauschalen/Öffnungsklauseln,
  - b) Rolle der Betreuungsvereine,
  - c) Einführung von Vorsorgevollmachten und Beratung der Bevollmächtigten?

Jan Köhler, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen